Stadt Oberhausen	**24.01.2013 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

21. Sitzung des Umweltausschusses

Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesende

Frau Anne Janßen
Herr Werner Nakot
Herr Dirk Vöpel
Herr Arndt Barkowsky
Herr Karl-Heinz Emmerich
Herr Manfred Flore
Herr Jürgen Grefermann
Herr René Pascheberg
Herr Ulrich Real
Herr Horst Wolter
Herr Frank Bandel
Herr Denis Osmann
Frau Georgis Schmidt
Herr Michael Helmrich
Frau Regine Winkels
Herr Norbert Axt
Herr Peter Plév
Herr Thomas Kattler

Abwesende

Herr Jürgen Dittmeyer

Verwaltung

Herr Helmut Czichy
Frau Edeltraud Ick
Frau Nuran Ilhan
Herr Daniel Kotara
Frau Sabine Lauxen
Herr Beigeordneter Frank Motschull
Frau Scholz, Fachbereich 2-2-40
Frau Andrea Stöhr
Herr Markus Werntgen-Orman
Herr Dieter Wientgen
Herr Karsten Woidtke

Stadt Oberhausen	**24.01.2013 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
21. Sitzung des Umweltausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1 Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

2 Änderung der Jahresgebühren 2011 für die Abwasserbeseitigung (Schmutz- und Niederschlagswasser)
Vorlage: B/15/2558-01

3 Wiederwahl des Schiedsmannes für den Bezirk 3.1 -Osterfeld-Mitte/Heide/Dellwig- in Oberhausen-Osterfeld
Vorlage: B/15/2551-01

4 Wohnraumförderungsprojekt "Am Tüsselbeck/Zum Steinacker, 46147 Oberhausen"
Vorlage: M/15/2516-01

5 Super Sauber Oberhausen
Frühjahrsputz 2013
Vorlage: M/15/2525-01

6 Antrag der CDU-Fraktion zum 2006 im Rat beschlossenen Alleenprogramm
Vorlage: A/15/2387-01

Stadt Oberhausen	**24.01.2013 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
21. Sitzung des Umweltausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Die Vorsitzende, Anne Janßen, eröffnet um 15.00 Uhr die 21. Sitzung des Umweltausschusses und begrüßt die anwesenden Mitglieder, Vertreter/innen der Verwaltung, die Gäste und Medienvertreter/innen.

Die Einladungen zur Sitzung sind ebenso wie die Beratungsvorlagen form- und fristgerecht zugeleitet worden.

Frau Janßen stellt die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kündigt Herr Vöpel im Namen der Koalition einen Antrag zum Thema Kreislaufwirtschaftsgesetz an, mit dem die Verwaltung aufgefordert wird, verschiedene Varianten zur Sperrmüllerfassung und –entsorgung vorzustellen, bei denen die Stadtsauberkeit, soziale Aspekte, der demografische Wandel und die Gebührenstabilität im Vordergrund stehen.

Frau Janßen informiert außerdem über den Förderwettbewerb „KWK-Modellkommune 2012 – 2017“ der Landesregierung, der den weiteren Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung als Energieeffizienz-Maßnahme zum Ziel hat. Ziel des Landes ist es, bis 2020 in NRW den Anteil des Stroms, der mit KWK-Anlagen erzeugt wird, auf 25 % zu erhöhen.
Die Vorsitzende erteilt der Beigeordneten Frau Lauxen das Wort für nähere Informationen. Die Teilnahmevoraussetzungen sind, dass das Projekt in NRW durchgeführt wird und die Kommune einen Eigenanteil übernimmt. Der Wettbewerb besteht aus drei Phasen, wobei in der ersten Phase bis zum 31.1.2013 ein Grobkonzept für ein Projekt oder ein Maßnahmenbündel zur Steigerung des KWK-Anteils an der Stromerzeugung vorzulegen ist. Eine solche Projektbeschreibung bereitet die Stadt Oberhausen derzeit gemeinsam mit der EVO und dem Fraunhofer Institut Umsicht vor.
Die Vorsitzende hält im Einvernehmen mit der Beigeordneten fest, dass
die Verwaltung das Konzept zusammen mit der EVO und dem Institut Umsicht im Umweltausschuss vorstellen wird, wenn Oberhausen zu den 15 Gewinner-Kommunen der Phase eins gehört.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

Berichterstatter im Rat ist Herr Denis Osmann.

2. Änderung der Jahresgebühren 2011 für die Abwasserbeseitigung (Schmutz- und Niederschlagswasser)
Vorlage: B/15/2558-01

Die Vorsitzende weist eingangs auf folgende Änderung in der Anlage 1 der Vorlage - Rubrik „Übrige Kosten“ - hin :
In Zeile 6 muss es heißen: Unterdeckungen aus 2008 und 2009

Herr Bandel kritisiert, dass wieder nur die „misstrauischen“ Bürger Recht bekommen haben, was seiner Meinung nach ein schlechtes Licht auf die Stadt Oberhausen wirft.

Für die Verwaltung erläutert Frau Stöhr das Verhältnis der Rückzahlung von ca. 440 Euro für die 15 Kläger zum Verwaltungsaufwand und zum Gesamtaufwand für die Entwässerung der Privathaushalte/Nichtverbandsmitglieder mit 0,004 Prozent.
Herr Bandel hält dagegen, dass die knapp vierprozentige Gebührenverringerung aus seiner Sicht relevant ist, die auf alle Gebührenzahler ausgedehnt über 400.000 € ausgemacht hätte.

Beigeordneter Motschull erläutert, dass meist nicht voraussehbar ist, wann das Gericht entgegen bisheriger Praxis die Rechtsprechung ändert. Die Sachlage ist aus Sicht der Verwaltung nicht mit dem Thema GMVA-Kosten vergleichbar.

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Drucksache B/15/2558-01 vorberaten ist.

3. Wiederwahl des Schiedsmannes für den Bezirk 3.1 -Osterfeld-Mitte/Heide/Dellwig- in Oberhausen-Osterfeld
Vorlage: B/15/2551-01

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/15/2551-01 ohne Wortmeldung vor.

4. Wohnraumförderungsprojekt "Am Tüsselbeck/Zum Steinacker, 46147 Oberhausen"
Vorlage: M/15/2516-01

Auf Nachfrage von Herrn Bandel erläutert Frau Ick, dass es sich bei der Landesförderung um Darlehensmittel handelt, die den städtischen Haushalt nicht tangieren und über die NRW-Bank abgewickelt werden. Es ist ein Mehrgenerationenwohnen mit einer Miete von 5,15 Euro pro Quadratmeter geplant.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/15/2516-01 zur Kenntnis .

5. Super Sauber Oberhausen
Frühjahrsputz 2013
Vorlage: M/15/2525-01

Die Kombination aus Stadtsauberkeit und finanzieller Unterstützung eines Hospizes ist aus Sicht der Vorsitzenden eine sehr gelungene Verbindung. Sie ruft alle Anwesenden und die Bevölkerung zum Mitmachen auf.

Sie stellt fest, dass der Umweltausschuss die Drucksache M/15/252501 zur Kenntnis genommen hat.

6. Antrag der CDU-Fraktion zum 2006 im Rat beschlossenen Alleenprogramm
Vorlage: A/15/2387-01

Ergänzend zur schriftlichen Begründung weist Herr Bandel darauf hin, dass sich die Rahmenbedingungen seit der Vorstellung des Alleenkonzeptes in 2006 rapide verschlechtert haben und der Klimawandel die Städte menschenfeindlicher macht. Mit großen Bäumen werden Schatten- und Sauerstoffspender für ein gutes Stadtklima abgesägt bzw. nicht mehr angepflanzt, die zugleich wichtige und kostengünstige Helfer gegen die Feinstaubproblematik sind. Er nennt Beispiele wie die Straßburger Straße und die Goethestraße und stellt seine Auffassung heraus, dass das Alleenkonzept überdacht und nicht in diesem Tempo weitergeführt werden sollte.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag zur Beschlussfassung in diese Sitzung eingebracht wurde. Sie erteilt anschließend der Beigeordneten das Wort.

Frau Lauxen betont einleitend, dass das Alleenkonzept darauf ausgerichtet ist, auch den folgenden Generationen einen vitalen und ausgewogenen altersdurchmischten Bestand an Straßenbäumen zu verschaffen. Dazu sollen sukzessive vor allem die Bäume mit Vergreisungserscheinungen, schlechter Vitalität und problematischen Standortbedingungen ausgetauscht werden, die oft gleichzeitig auch erhebliche Schäden an Leitungen und Wegen sowie Unfallgefahren verursachen. Allerdings zeigt sich an den Zahlen der vergangenen Jahre, dass dies ein sehr langfristiger Prozess wird. Von den etwa 20000 Straßenbäumen sind 2006 circa 1600 in den ersten beiden Prioritätsstufen erfasst worden, die in etwa 15 Jahren „behandelt“ werden sollten. In den sieben Jahren von 2006 bis 2012 sind 170 Bäume gefällt und durch ca.190 Bäume ersetzt worden, also etwa 25 bis 30 Bäume pro Jahr. Insofern kann man festhalten, dass dies ein sehr behutsames Vorgehen ist.
Anschließend erteilt die Vorsitzende Herrn Wientgen das Wort für Erläuterungen zu einzelnen Punkten der Antragsbegründung.

Herr Wientgen geht zunächst auf die Thematik der Bäume 1. und 2. Ordnung ein und stellt heraus, dass die seinerzeit in großer Zahl gepflanzten Bäume 1. Ordnung (vornehmlich Platanen) wegen der Standortbedingungen faktisch nur wie Bäume 2. Ordnung ausgeprägt sind und es daher günstiger ist, direkt Bäume 2. Ordnung zu pflanzen. Er geht im Weiteren dezidiert auf die einzelnen Punkte der schriftlichen wie auch der ergänzenden mündlichen

Antragsbegründung ein und stellt unter anderem heraus, dass der größte Teil der Fällungen der letzten Jahre nicht dem Alleenkonzept, sondern notwendigen Kanalsanierungen, Straßenerneuerungen oder privaten Bauanträgen zuzuordnen ist.
Die Vorsitzende dankt Herrn Wientgen für seine detaillierten fachlichen Ausführungen.

Herr Axt sieht mit den heutigen Darlegungen die Richtigkeit des Alleenkonzeptes bestätigt und erwartet einen ausführlichen schriftlichen Bericht.

Für Herrn Bandel haben die aufschlussreichen Erläuterungen auch deutlich gemacht, dass viele Baumfällungen nicht aus dem Alleenkonzept begründet sind, und dass das Tempo der Umsetzung möglicherweise sogar zu gering ist. Er sieht mit dem Antrag die Diskussion über die Weiterentwicklung des Konzeptes auf den Weg gebracht.

Herr Vöpel äußert nachdrücklich, dass er nach den Erläuterungen der Verwaltung erst recht kein Verständnis mehr hat für die Begründungen des Antrages hat. Seinerzeit wie heute ist klar geworden, dass das Konzept auf Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit des Baumbestandes ausgerichtet ist und auch den Gedanken des Klimawandels berücksichtigt. Vielmehr unterstellt er der CDU-Fraktion, in populistischer Weise die seinerzeit gutgeheißene Vorgehensweise bei der Bevölkerung in Misskredit zu bringen. Er weist darauf hin, dass nach seiner Kenntnis alle Maßnahmen jeweils auch die Zustimmung der CDU-Fraktion in den Bezirksvertretungen gefunden haben. Im Übrigen ist es aus seiner Sicht unlauter, Kostenersparnisse als Beweggrund der Maßnahmen anzuprangern, anstatt zu unterstützen, wenn ökologisch sinnvolle Dinge zugleich auch helfen, Kostenanstiege in der Unterhaltung auf Dauer abzumildern.
Die SPD-Fraktion lehnt deshalb den Antrag ab.

Aus Sicht von Herrn Arlt ist die Klimafrage im Zusammenhang mit dem Allenkonzept undurchschaubar und schwer abschätzbar. Sollte es Neuigkeiten in der Verfahrensweise mit dem Alleenkonzept geben, bittet er die Verwaltung im Umweltausschuss zu berichten.

Die Vorsitzende bittet um das Votum des Ausschusses und stellt anschließend fest, dass der Antrag A/15/2387-01 außer von Seiten der CDU-Fraktion keine Unterstützung erfährt und somit mehrheitlich abgelehnt ist.
Frau Janßen erwartet eine ausführliche Berichterstattung zum Alleenkonzept in der Sitzung des Umweltausschusses möglichst schon im Mai diesen Jahres.

Auftrag: Alleenkonzept: Erfahrungsbericht und neue Priorisierung
Zeitziel: Sitzung des Umweltausschusses vor der Sommerpause 2013
Zuständig: Bereich 2-2

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 15:42 Uhr

Stadt Oberhausen	**24.01.2013 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
21. Sitzung des Umweltausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Vorsitzende/r

Schriftführer/in